

Eine Billion Dollar pro Jahr? Die Mächtigen rücken von ihrem Klimaversprechen ab

Welt, 19.11.2024, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus254572922/COP29-In-Baku-erreicht-der-Klimaschutz-seine-Grenzen.html?sc_src=email_6800591&sc_lid=661209917&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=4556&sc_cid=6800591&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6800591&eh=94c824e22aa172ca1

Auf der Weltklimakonferenz sollte die Unterstützung für Entwicklungsländer verzehnfacht werden – auf eine Billion Dollar pro Jahr. Doch jetzt wird offenbar, dass nahezu jede große Nation hohe Zahlungen verweigert. Ein Grund: Verhandler und Aktivisten verfolgen ein inzwischen unerreichbares Ziel.

Der Generalsekretär des Klimasekretariats der Vereinten Nationen wurde ungeduldig und ließ es sich anmerken: „Bluffen, auf Risiko spielen, sich eingraben, mit dem Finger auf andere zeigen: Nach diesem Rezept kommen wir nicht weiter“, schimpfte UNFCCC-Chef Simon Stiell am Montag zur Halbzeit der 29. Weltklimakonferenz in Baku: „Wir vergeuden wertvolle Zeit und verringern den nötigen guten Willen für ein ehrgeiziges Paket.“ Es sei Zeit, „die Theatralik hinter uns zu lassen und zur Sache zu kommen“.

Der Ärger war berechtigt: In der ersten Woche der COP29 genannten UN-Konferenz war man in der Sache nämlich überhaupt nicht vorangekommen. Nach dem Fahrplan, den das Pariser Klimaabkommen schon 2015 festgelegt hatte, müssen sich die 197 UN-Mitgliedsstaaten in Aserbaidschans Hauptstadt in diesem Jahr auf ein neues Finanzziel einigen, ein sogenanntes New Collective Quantified Goal (NCQG).

Schon die Ausgangssumme von 100 Milliarden Dollar Klimahilfen für die Entwicklungsländer hatten die Industrieländer nur unter Mühen und mit Verspätung 2022 zusammengekratzt.

Jetzt aber, in Baku, sollten die jährlich aufzubringenden Hilfsgelder auf mehr als eine Billion Dollar pro Jahr verzehnfacht werden. Das hatten die Gruppen der Entwicklungsländer gefordert, das hatten auch Bedarfsanalysen wissenschaftlicher Institute als angemessen bezeichnet. Nach sieben Tagen zäher Verhandlungen wies jedoch nichts darauf hin, dass sich die Spenderlaune der Industrieländer auch nur ansatzweise in die Nähe der geforderten Billion bewegen würde.

Auch nur eine Verdreifachung der Klimahilfen auf 300 Milliarden Dollar pro Jahr sei zu ehrgeizig, hieß es aus Verhandlungskreisen der Industrieländer in Baku. „Bei keinem der wesentlichen Verhandlungsstränge gab es in der ersten Woche zufriedenstellende Ergebnisse“, bilanzierte Jan Kowalzig, Klimaexperte des Vereins Oxfam in Baku. Bei der Frage des neuen Finanzziels, auch „Quantum“ genannt, gebe es vonseiten der Industrieländer „weiter keine Antworten und auch kein Entgegenkommen.“

Es wäre auch ein Wunder: In praktisch allen Geberländern ist das Geld knapp geworden. Deutschland gehörte bislang zu den kräftigsten Finanziers im UN-

Klimaprozess: Mit sechs Milliarden Euro Steuergeld und weiteren vier Milliarden Euro privat mobilisierten Mitteln zahlte Deutschland bislang deutlich mehr als seinen „fairen Anteil“ an den globalen Finanzhilfen. Doch inzwischen klappt eine Milliardenlücke im Bundeshaushalt, ein Nachtragshaushalt für 2024 ist vom Parlament nicht verabschiedet und vor dem Budgetbeschluss für 2025 stehen erst einmal Neuwahlen an.

In anderen Ländern ist es nicht besser: Frankreichs Staatsverschuldung ist außer Kontrolle, das Kreditrating des Landes verschlechtert sich immer weiter. Die Sorgen um Konjunktur, Wohlstand und Arbeitsplätze treiben dem rechten Rassemblement National immer mehr Wähler zu. Auch China, Supermacht und größter CO₂-Emittent der Erde, hat gravierende wirtschaftliche Probleme und wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, sich im UN-System zum Geberland machen zu lassen.

Der Klimaprozess der Vereinten Nationen, der mit der sogenannten Rio-Konferenz 1992 begonnen und mit dem Klimaabkommen von Paris 2015 seine Sternstunde erlebt hatte, kommt offenbar an einem unbezwingbaren Kostenblock zum Stillstand.

Der designierte US-Präsident Donald Trump hat bereits den Austritt aus dem Pariser Abkommen angekündigt und wird wohl auch dem UNFCCC den Rücken kehren. Geld gibt es von ihm nicht mehr. Auch andere Länder entziehen dem multilateralen Ansatz der UN ihr Vertrauen: Argentiniens Präsident Javier Milei ordnete die vorzeitige Rückkehr der 80-köpfigen Delegation aus Aserbaidschan an.

Zur Delegitimierung der UN-Konferenzserie trägt womöglich bei, dass die jährlichen Treffen von mehreren zehntausend Verhandlern und Aktivisten inzwischen ein unerreichbares Ziel verfolgen: die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius in diesem Jahrhundert. „Ich finde es geradezu lächerlich, dass sich die Weltpolitik immer noch an dem 1,5-Grad-Ziel festhält“, urteilte unlängst der Kieler Klimaforscher Mojib Latif: „Das ist de facto doch längst gerissen.“

Umso wichtiger wäre es, mehr für die Anpassung an den Klimawandel zu tun: „Adaptation“ heißt das im Jargon der Verhandler. Nach allen Bedarfsanalysen müssten ab 2030 mehr als 340 Milliarden Dollar pro Jahr allein für Anpassungsmaßnahmen an die Entwicklungsländer überwiesen werden. Doch auch dem Adaptation-Fonds fehlen die Geldgeber.

Im Entwurf über neue Finanzziele der Klimahilfen ist alles strittig

Der COP29-Präsidentschaft liegt jetzt ein 25 Seiten starker, hochkomplexer Entwurf über ein neues Finanzziel vor. Strittig ist darin praktisch alles: Welche Art von Finanztransfer als Klimahilfe definiert wird, wie Darlehen und Zinszahlungen einberechnet werden, wer als Geldgeber Verantwortung trägt. „Ab jetzt obliegt es den Ministerinnen und Ministern, hier einen brauchbaren Konsens zu zimmern, der auch für die ärmsten und gefährdetsten Länder ausreichend Unterstützung im Kampf gegen die Klimakrise garantiert“, erklärt Oxfam-Beobachter Kowalzig: „Es wird lange Nächte geben.“

Die wird sich Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) um die Ohren schlagen müssen: Seit die „Klimaaußenpolitik“ in ihr Ressort fällt, ist die deutsche Chefdiplomatin zugleich auch Deutschlands Chefverhandlerin im Endspurt der

Weltklimakonferenzen. Baerbock fliegt am Dienstag zunächst nach Warschau, dann in die armenische Hauptstadt Eriwan und am Abend weiter nach Baku zur Weltklimakonferenz, wo ihre Staatssekretärin Jennifer Morgan gemeinsam mit Staatssekretär Jochen Flasbarth aus dem Entwicklungshilfe-Ministerium BMZ vorverhandelt und die Stellung gehalten hatte.

Dass Baerbock weitere Finanzausagen für Entwicklungsländer im Gepäck hat, ist angesichts der Haushaltslage unwahrscheinlich. Am Montag, zu Beginn der zweiten Verhandlungswoche, hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bereits Geld verteilt: Die Bundesregierung werde knapp 210 Millionen Euro für den klimafreundlichen Umbau der Industrie in Entwicklungsländern bereitstellen. Eine heikle Zusage angesichts lauter Forderungen der deutschen Industrie nach staatlichen Hilfen bei Netzentgelten und Energiekosten. Die Finanzausage stamme jedoch aus dem verabschiedeten Bundeshaushalt 2024 und sei damit unproblematisch, erklärte Habeck: Man wolle den „Klimaschutz jetzt in die Wirtschaft auch der anderen Länder“ reinbringen.

Kleinere Fortschritte hatte es ansonsten nur in einigen einzelnen Initiativen gegeben: So hatte der von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mitgegründete „Klimaclub“ inzwischen 43 Mitglieder – und etablierte sich als „wichtigstes internationales Forum für die Dekarbonisierung der Industrie“, hieß es in Baku. Scholz hatte seine Reise nach Baku zum Treffen des Klimaclubs allerdings wegen der innenpolitischen Entwicklung in Deutschland abgesagt.

Der Präsident der COP29, Mukhtar Babajew, hatte versucht, bereits am ersten Tag der COP am vergangenen Montag einen „frühen Sieg“ einzufahren: Eine Einigung über international handelbare Kohlenstoff-Zertifikate nach Artikel 6.4 des Paris-Abkommens wurde von seiner Präsidentschaft als „historischer Durchbruch“ verkauft – er beeindruckte Beobachter vor Ort allerdings wenig. Scheitert die COP29 an den Finanzausagen für Entwicklungsländer, dürften die sich weigern, ihre CO₂-Minderungsziele bis Februar 2025 so zu verschärfen, dass sie kompatibel mit dem 1,5-Grad-Ziel der Erderwärmung werden. Damit droht der auf der gefeierten Klimakonferenz von Paris verabschiedete Fahrplan im internationalen Klimaschutz Makulatur zu werden. Zugleich verringern sich die Erfolgchancen für die große Jubiläumskonferenz COP30 im kommenden Jahr im brasilianischen Belem.